

Dr. Ulrich Schneider-Wedding, Pfarrer

Herrn Ministerpräsidenten  
Horst Seehofer  
Bayerische Staatskanzlei  
Postfach 220011  
80535 München

## Übertritt zur CDU aus Gewissensgründen **Ein offener Brief**

Sehr geehrter Herr Seehofer, sehr geehrte Damen und Herren im CSU-Vorstand,

am 23.3.2016 bin ich aus der CSU ausgetreten. Allerdings verlasse ich nicht die Union, nicht das Bündnis mit Ihnen und nicht das grundsätzliche Ziel, christliche Werte aktiv in die Politik einzubringen; ich bin nämlich kurz darauf **in die CDU eingetreten**. Als Christ und als Pfarrer konnte ich nicht länger eine Partei unterstützen, aus der heraus Merkel wegen ihrer humanitären Haltung angegriffen wird.

Obwohl ich von Anfang an bezweckte, unserer Kanzlerin den Rücken zu stärken und Ihren Angriffen auf Merkel mit einem deutlichen Zeichen entgegenzutreten, bin ich mit meinem Übertritt zunächst einmal nicht in die Öffentlichkeit gegangen. Ich hoffte, Sie würden sich einigen oder Ihr ganzer Zwist könnte samt dem Thema Flüchtlinge im Sande verlaufen.

Nun ist leider das Gegenteil passiert: Sie haben auf dem Parteitag am 5./6. November einen Rechtsruck beschlossen und mit der Tradition gebrochen, dass die Vorsitzenden von CDU und CSU auf dem Parteitag der jeweils anderen eine Rede halten.

Dann haben sich die Dinge überschlagen. Donald Trumps Sieg ist ein übergroßes Signal für populistische, nationalistische und rechtsradikale Strömungen, die überall auf der Welt, besonders in Europa, auf dem Vormarsch sind. Mehr als je steht unsere westliche Welt vor einem Entweder-Oder. Seriöse Parteien wie die unseren stehen vor der Entscheidung, Kompromisse in die populistische Richtung zu machen, oder ihr entschlossen entgegenzutreten, oder aber – das wäre das Beste – eine Konzeption anzubieten, mit der wir bei den Problemfeldern Soziales, Ökologisches und Weltfrieden/Migration endlich einmal vorwärtskommen.

Dabei sehe ich Sie und die CSU auf dem Kompromiss-Pfad, während ansonsten die große Koalition aus CDU und SPD mehrheitlich und auch in Person ihrer Vorsitzenden Merkel und Gabriel sowie der meisten Regierungsmitglieder weiterhin eindeutig für Freiheit, Toleranz, soziale Gerechtigkeit und Humanität eintreten. Und offensichtlich hat unsere Kanzlerin zugleich eine Antwort auf die Fragen im Gepäck, die so viele Menschen bewegen und gegen unsere bisher nur als aussitzend wahrgenommenen Parteien-der-Mitte aufbringen.

Denn die Botschaft sowohl der Trump-Wahl als auch des Erfolgs von Pegida, AfD usw. ist durchaus ernst zu nehmen: dass viele Menschen den Regierenden misstrauen, dass sie sich betrogen fühlen. Auf die drei Problemfelder 1. Arbeitslosigkeit / Armut / Sozialabbau / Rentenfinanzierung im demographischen Wandel, 2. Umweltzerstörung / Ressourcenverschwendung / Klimawandel und 3. weltweite Konflikte / Migrationsströme / Integrationsprobleme / Überfremdung haben die Parteien in ihrer bisherigen Programmatik

und mit ihren bisherigen Schwerpunkten und Handlungskonzepten keine Antwort. Zu Recht kritisieren die Menschen das „Weiter-so!“.

Populismus ist aber nur eine Schein-Antwort. Parolen wie „damit Deutschland Deutschland bleibt“ (jüngstes CSU-Programmpapier) lösen kein einziges Problem. Die Flüchtlinge kommen zu uns aus Ländern, in denen die Schein-Lösung „damit Irak / Syrien / Pakistan ... islamisch bleibt“ Verheerendes angerichtet hat; Islamismus ist der Populismus der „anderen“.

Was wir brauchen, sind echte, lösungsorientierte Antworten. Und gerade „wir“ hätten sie. Die CSU ist die Partei Ludwig Erhards. Dessen ökonomische Schule, der „Ordoliberalismus“, fließt aber gerade durch Merkel besonders klar in die Politik ein. Ordoliberalismus ist die Mitte zwischen staatlicher Lenkung nach sozialistischen Vorstellungen und einer betont freien Marktwirtschaft nach angelsächsischer Lesart. Er bietet die Vorteile freier wirtschaftlicher Entfaltung ohne die Herzlosigkeit des „Neoliberalismus“, sondern in den Bahnen einer Ordnung, die den Menschen schützt – für uns Christen unabdingbar.

Bislang war die „soziale Marktwirtschaft“ eine solche Ordnung. Allerdings genügt sie heute nicht mehr den ökologischen Erfordernissen und erst recht nicht der eingeknickten Alterspyramide. Eine „ökologisch-soziale Marktwirtschaft“ zeichnet sich als neue Ordnung ab, wurde aber bisher nur in sehr eingeschränkter Form verwirklicht. „Umfinanzierung der Arbeitskosten“ durch Belastung der mit dem Faktor Arbeit konkurrierenden Wirtschaftsfaktoren Energie und Kapital, so lässt sich das „ökosoziale“ Prinzip umreißen. Beide Kirchen haben diese Reform zweimal – 1997 und 2014 – in aller Deutlichkeit gefordert. Und schon seit längerem kommen von Merkel und ihrem Umfeld Andeutungen einer solchen Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft. Mir ist völlig unbegreiflich, wie die CSU „Ordnung“ zum Motto ihres neuesten Programms machen und sich zugleich um die Frage nach der angemessenen, zeitgemäßen wirtschaftspolitischen Ordnung herumdrücken kann.

Wenn wir an Schröders ökosozialer Mini-Reform anknüpfen, die Abschöpfung von Energieträgern und (was hinzuzunehmen ist) Kapital nicht nur zur Rentenfinanzierung, sondern als direkte Einkommensquelle nutzen, z.B. in Form eines dynamisch steigerbaren Grundeinkommens für alle in gleicher Höhe, unabhängig von sonstigen persönlichen Einnahmen, hätten wir nicht nur einen ökologischen Umbau der Wirtschaft, sondern auch einen rapide sinkenden Investitionsbedarf. Und eine Deregulierung, die niemandem schadet, fließen doch die freiwerdenden Ressourcen über das Grundeinkommen zu den Menschen. Um den hiesigen Promillezinsen zu entgehen, wird Kapital verstärkt in der „Dritten Welt“ den Aufbau menschenwürdiger Lebensbedingungen ermöglichen. Dies wird den Migrationsdruck weltweit mindern.

Zu Recht wird die CSU-Forderung nach Grenzsicherungen, Flüchtlingsobergrenzen usw. von Experten als wirkungslose Symptombekämpfung abgelehnt – unter Hinweis auf den globalen Migrationsdruck. Aber auch dies ist meist zu kurz gedacht, v.a. wenn es heißt, die Fluchtursachen könne man nur in den Auswanderungsländern bekämpfen. Nein, man kann sie nur hier bekämpfen, in Deutschland, in Europa, in der westlichen Welt, in den Ländern mit bereits aufgebauter Industrie. Die Bewohner der Armutsländer werden so lange in Armut bleiben, wie wir uns den unverschämten Luxus gönnen, durch Arbeitskostenerhöhung jährlich Investitionen im Wert von Hunderten von Milliarden zu entwerten. Die Migrationsströme erzeugen wir selbst, indem wir verbissen an dieser verrückten Methode der Einkommenssicherung festhalten, statt endlich die neben der Arbeit riesenhaft gewachsenen Faktoren (Energie, Kapital) als Quelle zu nutzen.

Eine Diskussion über diese Verteilungs- und Wohlstandssteigerungs-Revolution zugunsten der Leistenden wird sich in nächster Zukunft nicht vermeiden lassen, und ich sehe die CDU als einzige ernsthafte politische Kraft in unserem Lande, die zu einer solchen Diskussion fähig und deren Führungsriege allem Anschein nach längst darauf vorbereitet ist.

Merkel hat sich ihre Humanitäts-Offensive von September 2015 nur deshalb erlaubt, weil sie weiß, wie einfach es sein wird, eine Wende einzuleiten – die „Wende des Westens“ – in deren Folge die Flüchtlingsströme nicht nur gestoppt, sondern sogar umgekehrt werden können. Sobald es die Perspektive eines wirtschaftlichen Aufbaus in den Herkunftsländern gibt, werden die meisten in ihre Heimat zurückstreben.

Ist erst einmal eine solche Trendwende in der Welt, wird vielleicht auch ein Geschäftsmann wie Donald Trump zu überzeugen sein. Vielleicht wird sich dessen Wahl im Nachhinein noch als „List der Geschichte“ herausstellen, weil der Nicht-Politiker ohne Programm – gleich einem Forrest Gump – offener für das Neue sein könnte, das in der Luft liegt, als jemand aus der Polit-Routine wie Clinton.

Aber das ist nur Spekulation. Keine Spekulation ist, dass in Deutschland diese Trendwende ernsthaft vorbereitet wird.

Zu erkennen daran, dass Merkel den BILD-Lesern am 27.7.2009 in einem Artikel über Ludwig Erhard eine Weiterentwicklung und globale Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft verhiess, oder dass sie laut WELT vom 10.12.2014 auf dem CDU-Parteitag etwas ankündigte, das *nur mit der „Industriellen Revolution“ zu vergleichen* sei. Thomas de Maizière ließ gemäß ZEIT-Bericht vom 1.12.2005 („Der Entschleierer“) eine Bemerkung über die *Illusion des ewigen Wachstums* fallen und präsentierte sich nach Auffassung des Journalisten Gunter Hofmann als treuer Schüler seines wachstumskritischen Ziehvaters Biedenkopf. Die Liste ließe sich verlängern.

Gedacht und gemacht wird das in Berlin, nicht in München. Alles in allem habe ich jedenfalls mehr Lust, eine die beschriebene Perspektive bietende, sich zu einer modernen Partei der globalen Verteilungs- und Wohlstandssteigerungs-Revolution hin entwickelnde CDU zu unterstützen, als Ihren Schmusekurs gegenüber populistischen Strömungen. Sie machen jene Kräfte nicht überflüssig, Sie pöppeln sie erst recht hoch. Mögen Sie auch die hehre Absicht hegen, in Straußscher Manier „den rechten Rand sauber“ zu halten – Sie trauen sich doch so wenig wie einst Strauß, als bundesweite Partei aufzutreten. Das heißt aber: Nur wegen der Angst vor der Konsequenz aus „Kreuth“, nämlich einer CDU-Fraktion im bayerischen Landtag, muten Sie uns AfD und Pegida zu. Ihr „Populismus light“ ist ein unausgegorenes, halbschariges Konzept, das nicht nur nicht aufgeht, sondern die Gefahr sogar verstärkt.

Mit freundlichem Gruß

Ihr

U. Schneider-Wedding